

# Pakistanische Kabalen

von Jorge Scholz

Der Blick auf die Hintergründe der jüngsten politischen Krise zeigt: Auch fünf Jahre nach dem Tod des Diktators Zia-ul-Haq geht es in der jungen pakistanischen Demokratie im Gerangel der um die Macht im Staate wetteifernden Parteien und Politiker nicht um Programme oder Prinzipien, sondern um Posten und Pfründe, die ein nahezu allmächtiger Präsident zu vergeben hat. Der Fall von Nawaz Sharif, dem für einige Wochen abgesetzten Premierminister, wirft ein grelles Schlaglicht auf die politische Klasse insgesamt, die Innenpolitik in aller Öffentlichkeit als gewissenloses Possenspiel inszeniert. Das Volk darf zuschauen.

Als der 78jährige Präsident Ghulam Ishaq Khan am 18. April auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz vor Journalisten seine Anweisung zur Entlassung der Regierung und Auflösung der Nationalversammlung verlas, war dies der dramatische Höhepunkt eines monatelangen persönlichen Machtkampfes zwischen Staatsoberhaupt und Regierungschef.

Dabei hatte alles so gut angefangen: Mit dem eindrucksvollen Erdrutschsieg seines neun Parteien umfassenden Wahlbündnisses IJI ('Islami Jamhoori Ittehad') im Rücken, der ihm in der Nationalversammlung eine sichere absolute Mehrheit und in fast allen Provinzen loyale Landesregierungen bescherte, besaß Sharif eine glänzende Ausgangsposition für erfolgreiche Regierungsarbeit. Da er zudem - anders als Bhutto - das Vertrauen der sich aus Spitzenbürokraten, Armeeführung und Großgrundbesitzern zusammensetzenden autokratischen Elite genoß, trauten ihm Beobachter im In- und Ausland eine für Pakistan historische Premiere zu: Noch keinem der bisher 13 Premierminister, die es zusammen auf lediglich 22 Regierungsjahre brachten, ist das Kunststück gelungen, seine Legislaturperiode zu überstehen. Nach übereinstimmender Analyse der prominenten pakistanischen Leitartikler hat der ergeizige Politiker vor allem einen Kardinalfehler begangen: Demnach unterlag Sharif der Versuchung, gegen den am Ende seiner Amtszeit vermeintlich schwachen Ishaq Khan eine Palastrevolution zu starten, um selbst nach der Macht zu greifen - und dies zum falschen Zeitpunkt und mit den falschen Mitteln. Dabei hatte Ishaq Khan schon in den Jahren der Zia-ul-Haq-Diktatur die politische Traumkarriere des schwerreichen Industriellensohnes aus dem Punjab nach Kräften gefördert, um ihn als Mann des konservativen Establishments zum Herausforderer der bei den armen Bevölkerungsmassen populären Bhutto aufzubauen. Ohne eine gewachsene Basis in einer Massenpartei zu besitzen absolvierte Sharif eine Art Funktionärslaufbahn, die ihn in kürzester Frist vom punjabischen Finanzminister ins einflußreiche Amt des punjabischen Ministerpräsidenten und schließlich an die Spitze der Bundesregierung beförderte. Allem Anschein nach erwarteten die mächtigen Gönner im Hintergrund von dem Wirtschaftsexperten als Kabinettschef allenfalls belebende Reformimpulse für die krisengeschüttelte Wirtschaft, nicht jedoch Engagement in der Außen- und Sicherheitspolitik, der traditionellen Domäne des Präsidenten und des Ober-

kommandierenden der Armee, den beiden anderen Mitgliedern der faktisch regierenden sogenannten 'Troika'.

Allzuoft agierte Sharif in den vielen kleinen und großen innen- und außenpolitischen Krisen kopflos und mußte seine eingeschlagene Linie häufig korrigieren. Galt er früher einmal als jemand, der sich im "pakistanischen Machtgefüge zwischen Feudalherren, Industriebaronen, Rauschgift-Mafia und Militärs" gut zurecht gefunden hat, wie die FAZ einmal lobend formulierte, konnte er als Regierungschef nicht beweisen, daß er das diplomatische Spiel beherrscht. Schon die Diskussionen im Sommer 1991 um die Verabschiedung des 'sharia-act, die in Pakistan laut Wahlversprechen der IJI islamisches Recht als obersten Rechtskodex verankern sollte, führten zum Ausscheren der größten fundamentalistischen Partei 'Jamaat-e-Islami' aus der Regierungskoalition und setzten einen verhängnisvollen Erosionsprozeß der parlamentarischen Mehrheit Sharifs in Gang, der zuletzt nicht nur in der faktischen Auflösung des Koalitionsbündnisses und im Zerfall der IJI in die ursprünglichen Parteien endete, sondern auch die Spaltung der 'Pakistan Muslim League' mit sich brachte. Spätestens die Besetzung der Unruheprovinz Sindh zur Bekämpfung der dort ausgeübten Kriminalität, Gewalt und Korruption im Frühsommer 1992 durch die Armee schwächten den glücklosen Premierminister innenpolitisch.

Auch der Blick auf die Wirtschaftsreformpolitik der Sharif-Administration, die wenigstens Weltbank und Internationalem Währungsfond gelegentlich ein zurückhaltendes Lob entlockte, stößt bei genauerem Hinsehen auf Merkwürdiges und Mißerfolge. Angetreten mit der erklärten Absicht, das gewaltige Haushaltsdefizit abzubauen, 150 Staatsunternehmen zu privatisieren und die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu liberalisieren, wurden tatsächlich Außenhandelsbarrieren beseitigt, lockten attraktive Konditionen ausländische Investoren und signalisierte der Staat durch den Verkauf von Banken und Großbetrieben Bereitschaft, künftig verstärkt auf marktwirtschaftliche Dynamik zu setzen. Doch die Umsetzung dieses Strukturanpassungsprogrammes nach Weltbankrezepten zeigte schnell, daß die relativ arme Bevölkerungsmehrheit nicht auf eine rasche Verbesserung ihrer Lage hoffen durfte. Wie frühere Administrationen auch, orientierte sich die Regierungsmannschaft Sharif's bei der Formulierung ihrer Wirtschaftspolitik einseitig an den Eigeninteressen der einflußreichen Großgrundbesitzer und Großindustriellen; das allgemeine Interesse an einer ausgewogenen Wirtschafts- und Sozialpolitik blieb unberücksichtigt. So konnten die zahlreichen Landlords im Parlament die längst überfällige Abschaffung der Steuerfreiheit für landwirtschaftliche Einkommen verhindern, Schutzzölle begünstigten bestimmte Industriezweige und die Handelspolitik bevorzugte die Baumwollspinnereien zum Nachteil der weiterverarbeitenden Textilindustrie, obwohl letztere den Löwenanteil der pakistanischen Exporterlöse erwirtschaftet. Die 49 tatsächlich privatisierten Staatsun-

ternehmen wurden überwiegend - in manchen Fällen zu erstaunlich günstigen Preisen - an kapitalkräftige, in der jeweiligen Branche führende Industrielle verkauft, so daß es zur Monopolisierung ganzer Industriezweige kam.

Die staatliche Förderung der Industrialisierung wurde gar mit bedenklichen Offerenten an die Unterwelt betrieben: So verkündete die Regierung, daß bei neugegründeten Industriebetrieben keinerlei Fragen nach der Herkunft des investierten Geldes gestellt würden, um die aus dem illegalen Handel mit Drogen und Waffen stammenden enormen Schwarzgeldfinanzströme in legale Wirtschaftsaktivitäten zu lenken.

Wie wenig in den letzten beiden Jahren zur Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme geschehen ist, läßt sich besonders eindrucksvoll am Finanzhaushalt der Regierung zeigen: Obwohl von den insgesamt etwa 120 Millionen Einwohnern 25 Millionen ein Leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze fristen, 33 Millionen keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, 47 Millionen ohne medizinische Versorgung auskommen müssen und 61 Millionen weder lesen noch schreiben können, wurden vom Budget 1991/92 gerade drei Prozent für Sozialleistungen ausgegeben. Demgegenüber verzehrten Schuldendienst, Verteidigungs- und Verwaltungsausgaben stolze 86 Prozent des Staatshaushalts. Knapp acht Prozent seiner Ausgaben mußte der Staat nur mit Notenpresse und neuen Krediten zu finanzieren, was die Inflationsrate von neun auf über 20 Prozent steigen ließ.

Auch während der verheerenden Flutkatastrophe im vergangenen Herbst, die 1.500 Menschenleben forderte und einen volkswirtschaftlichen Gesamtschaden in Höhe von rund einer Milliarde US-Dollar anrichtete, versagten Sharif und seine Mannschaft kläglich, als in der Not Führungskraft, Organisationstalent und rasche Hilfe für die Opfer gefragt war. Obwohl Behörden, Polizei und Armee mit den Rettungs- und Bergungsarbeiten völlig überfordert waren, wies der Premierminister finanzielle und technische Unterstützung aus dem Ausland stolz zurück.

Benazir Bhutto verstand es in der Zeit nach der Naturkatastrophe die aufgrund gestiegener Lebensmittelpreise wachsende Unzufriedenheit geschickt zu nutzen, um die Massen für ihre bereits im August gestartete außerparlamentarische Protestkampagne gegen die Regierung zu mobilisieren. Am 18. November sollte ein "Langer Marsch" ihrer Anhänger in Islamabad enden, um durch eine friedliche Belagerung des Parlamentes Nawaz Sharif zum Rücktritt zu zwingen und Neuwahlen durchzusetzen. Hintergrund und Motiv: Die Opposition beschuldigt die aus den im Oktober 1990 abgehaltenen National- und Provinzwahlen siegreich hervorgegangene Regierung - übrigens zu Recht -, den Urnengang massiv gefälscht zu haben.

Aufgrund der positiven Resonanz der Bhutto-Kampagne in die Defensive gedrängt, bot die Regierung alle zur Verfügung stehenden Mittel der Staatsgewalt auf, um den Demonstrationmarsch niederzuschlagen.



Nawaz Sharif (Foto: 'Herald')

Tausende von PPP-Anhängern wurden vorübergehend verhaftet, darunter auch Bhutto nebst anderen prominenten Politikern; Polizei und Miliz verwandelten Islamabad mit Stacheldrahtverhauen und MG-Stellungen in eine Festung und Blockaden sperrten die Zufahrtsstraßen in die Hauptstadt auf mehrere hundert Kilometer. Die wenig später durch die Zerstörung der Babri-Moschee im indischen Ayodhya ausgelöste landesweite Gewaltwelle tat ein übriges, um den "Langen Marsch" zum Erliegen zu bringen. Immerhin war es der Opposition aufgrund der Berichterstattung der Medien erfolgreich gelungen, die Regierung von Nawaz Sharif als gewalttätiges Regime darzustellen.

Anlaß zu Spekulationen gab vor diesem Hintergrund der überraschende scheinbare Schulterschuß zwischen Oppositionsführerin und Regierungschef, als Benazir Bhutto Mitte Januar 1993 im Parlament mit den Stimmen der Regierungsmehrheit zur Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses gewählt wurde. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt hinter den Kulissen der entscheidende Machtkampf zwischen Präsident und Premierminister längst entbrannt, so daß Sharif nach Aussage seiner Berater ein Burgfrieden oder gar ein Bündnis mit Bhutto gegen Ishaq Khan geboten schien. Die Konfrontation entzündete sich an der Frage eines Nachfolgers für den am 8. Januar überraschend gestorbenen Armeestabschef Asif Nawaz. Sharif erkannte die sich ihm in der Bedrängnis bietende Chance, und versuchte den ihm bestens bekannten Kommandeur der in seiner punjabischen Heimatstadt Lahore stationierten Militäreinheiten als

neuen Oberbefehlshaber der Armee in die regierende Troika zu hieven. Als sich Ishaq Khan weigerte, den Sharif-Kandidaten an die Armeespitze zu berufen - und nach pakistanischer Verfassung ist es dem Präsidenten vorbehalten, den Oberbefehlshaber und die Kommandeure der Teilstreitkräfte zu ernennen - fuhr Sharif schweres Geschütz auf, um seinen Willen durchzusetzen: Und zwar mit der Drohung, ihn andernfalls bei den im kommenden Dezember anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht mehr als Kandidat der 'Pakistan Muslim League' aufzustellen. Doch der selbstbewußte Machtpolitiker Ishaq Khan ließ seinen Premier mit diesem Vorstoß ins Leere laufen und besetzte die brisante Schlüsselposition mit einem eigenen Vertrauensmann, General Abdul Waheed, der wie der Präsident selbst dem Minderheitenvolk der Paschunen angehört.

Postwendend änderte Sharif nach diesem Fehlschlag seine Strategie, und versuchte mit dem Griff in die demokratische Trickkiste dem Präsidenten doch noch den Schneid abzukaufen: Auch öffentlich verkündete er sein Ziel, einen als "8th amendment" bezeichneten Zusatzartikel einer 1985 formulierten Verfassungsergänzung, der dem Präsidenten jederzeit die Entlassung der Regierung und die Auflösung der Parlamente erlaubt, via parlamentarischer Zweidrittelmehrheit abschaffen zu wollen. Dieser Verfassungsartikel, den Diktator Zia-ul-Haq zwecks Machterhalt in die heute noch gültige Version des pakistanischen Grundgesetzes einrücken ließ, schwebt wie ein Damoklesschwert über dem Haupt eines jeden Premierministers, wie schon Benazir Bhutto 1990 bei ihrer legalen Entmachtung durch Ishaq Khan schmerzhaft erfahren mußte. Folgerichtig setzte Sharif bei seiner Initiative gegen die Allzweckwaffe des Präsidenten auf die wohlwollende Unterstützung seiner Vorgängerin und ihrer Partei.

Wie die seriöse Wochenzeitung 'Friday Times' berichtet, versuchten Anfang Februar Emissäre des Regierungschefs der Oppositionsführerin das anvisierte Zweckbündnis mit weitreichenden Zugeständnissen zu versüßen. Zu den 'Bonbons' zählte demnach die sofortige Freilassung ihres seit mehr als zwei Jahren inhaftierten Ehemannes Asif Ali Zardari, Beteiligung an der Macht auf Bundes- und Provinzebene und vorgezogene Neuwahlen unter Aufsicht einer neutralen Wahlkommission im Frühjahr 1994. Obwohl der zahlreicher Korruptionsdelikte angeklagte Zardari tatsächlich auf freien Fuß gesetzt wurde, nutzte Bhutto offenbar ihre neue Rolle als umworbenes 'Zünglein an der Waage', um mit Blick auf ihre eigenen ehrgeizigen Ambitionen mit dem Präsidenten ein noch attraktiveres Geheimarrangement auszuhandeln. Wie sonst läßt es sich erklären, daß die in eigener Sache stets engagiert für Demokratie, Parlamentarismus und Neuwahlen streitende PPP-Politikerin die günstige Gelegenheit zur Demontierung des autokratischen Präsidentsystems verstreichen ließ. Der Lohn des Präsidenten für das Stillhalten beim undemokratischen Rauswurf ihres Konkurrenten: Dem mit der Vorbereitung von Neuwahlen betrauten Übergangskabinetten gehören elf PPP-Politiker an, darunter ihr enger Vertrauter Faruk Leghari und - besonders pikant - Ehemann Zardari.

Vom doppelten Spiel seiner vermeintlichen Verbündeten offensichtlich nichts ahnend, beging Sharif beim Tod des PML-Präsidenten Mohammad Khan Junejo Ende März einen letzten verhängnisvollen Fehler, als er den vakanten Posten des Parteivorsitzenden für

sich reklamierte. Unter Führung des als Minister für Planung und Entwicklung auch am Kabinetttisch sitzenden Hamid Nasir Chattha regte sich massiver parteiinterner Widerstand gegen die sich anbahnende Ämterhäufung, was der clevere Präsident für seine Zwecke geschickt zu nutzen wußte: Nach Absprache mit dem Staatsoberhaupt quittierten Chattha und Anwar Saifullah Khan - Bundesminister, PML-Politiker und Schwiegersohn des Präsidenten - ihr Regierungsamt. Dieses Alarmsignal veranlaßte weitere Minister und PML-Abgeordnete, die Fronten zu wechseln und dem Beispiel der beiden zu folgen. Eine spektakuläre Rücktrittswelle bereitete endgültig den Boden für die zwischenzeitliche Entmachtung von Nawaz Sharif. Der Rest war dann nur noch Formsache: Als der Premier in seiner Verzweiflung Ishaq Khan dennoch als Kandidat der PML für die anstehenden Präsidentschaftswahlen nominierte und wenige Tage später in einer erneuten Kehrtwendung am 17. April in einer Fernsehansprache das Staatsoberhaupt der Verschwörung gegen die Demokratie beschuldigte, bot sich der geeignete Anlaß, um am folgenden Tag den Regierungswechsel zu vollziehen. Längst hatte der Mitarbeiterstab des Präsidenten geeignetes Material zusammengetragen, um den in Ungnade Gefallenen des Amtsmißbrauch und der Vetternwirtschaft anklagen zu können. Armee und Sicherheitskräfte waren am 18. April schon vor der offiziellen Bekanntgabe der erzwungenen Demission der Regierung informiert und umstellten Parlaments- und Rundfunkgebäude.

Obwohl Sharif durch ein spektakuläres Urteil des 'Supreme Court' (Oberster Gerichtshof) am 27. Mai erneut als Premierminister eingesetzt wurde, ist die Krise des Landes bei weitem nicht vorüber. Der Kampf zwischen Sharif und Präsident Khan ist weiterhin im Gange, obwohl beide ihr Gespräch am 28. Juni als positiv bezeichneten. Nun rebellieren auch die Provinzen gegen die Zentralregierung, die Konfrontation zwischen Punjab und Zentrale lähmt das politische Leben. Sharif wird von keinem offiziellen Vertreter der Provinzregierung in der Provinz Sindh mehr empfangen und die Friedensgespräche zwischen Regierung und Opposition haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Opposition hat erneut einen 'Langen Marsch' angekündigt und diese Aktion wird von den Regierungen des Punjab und der Nord-West-Frontier Provinz unterstützt. Mit dem 'Langen Marsch' will die Opposition um Benazir Bhutto für Neuwahlen eintreten. Derzeit ist vollkommen unklar, wie der Premier auf die Forderungen reagieren wird.

Abzuwarten bleibt auch, ob der Oberste Gerichtshof seine Rolle als neues Mitglied in der bisher aus drei klassischen Machtgruppen bestehenden 'Troika' (Militär, Premier und Präsident) und als 'Zünglein an der Waage' behaupten kann. Ob Neuwahlen eine Entspannung bringen können, bleibt fraglich. Vielleicht böten sie jedoch zumindest die Chance zu einem abermaligen Neuanfang.

(Mitarbeit: Susanne Thiel, Peshawar)

**Letzte Meldung:** Präsident, Premierminister und General Waheed haben sich am 18. Juli zu Gesprächen getroffen, um Neuwahlen vorzubereiten. Dabei wurde auch eine Einigung über den Rücktritt sowohl von Präsident Khan als auch Premier Sharif erzielt. Eine Übergangsregierung soll dem Vernehmen nach nun die Neuwahlen vorbereiten.